

38. Plenartagung

105. Sitzung

16.12.2015

TOP 17 - Mehr Bürgerbeteiligung sowie größere Abstände zur Wohnbebauung bei der Windenergie

http://www.landtag.ltsh.de/plenumonline/archiv/wp18/38/debatten/top_17.html

Antrag der Fraktion der FDP

Akzeptanz der Energiewende erhalten: Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung sowie größere Abstände zur Wohnbebauung bei der Windenergie

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3600/drucksache-18-3641.pdf>

Drucksache [18/3641](#)

Vorbereiteter Redebeitrag von **Angelika Beer** [PIRATEN]:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Energiewendeminister Robert Habeck hat es geschafft! Schleswig-Holstein ist das Land der Windenergie. Doch auf wessen Kosten?

Um die Akzeptanz der Energiewende zu erhalten, bedarf es mehr Transparenz und auch mehr Bürgerbeteiligung. Damit die Energiewende ein politischer und auch gesellschaftlicher Erfolg für unser Land wird, müssen wir die Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Ministerpräsident Albig hat zugesagt, dass die Bürger bei der Energiewende beteiligt werden und im Rahmen der Teilaufstellung der Regionalpläne fordern wir Piraten diese Zusage ein: mehr Transparenz, mehr Mitbestimmung und mehr Beteiligungsmöglichkeiten – die Bürgerinnen und Bürger dürfen – auch bei der Windenergie – nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Oliver Kumbartzky, der Titel Ihres

Antrages klingt gut. Allerdings fragen wir uns auch, was Sie mit Ihren vier Forderungen eigentlich erreichen wollen. Sie sind so unklar, so unkonkret formuliert, dass – selbst wenn er angenommen würde – an der konkreten Situation nichts ändern würde. Deshalb gehen wir Piraten weiter und bereiten zurzeit einen eigenen Gesetzentwurf vor, um Verbindlichkeit in dieser Frage herzustellen.

Lieber Oliver Kumbartzky, ich möchte auf einige Punkte in Ihrem Antrag eingehen. Ihre vierte Forderung wirft nicht nur bei mir, sondern sicher auch bei den Mitgliedern der Bürgerinitiative „Unsere Dörfer gegen WKA“ eine Frage auf:

Wie groß sollen denn die "Mindestabstände zur Wohnbebauung, die analog zur technologischen Weiterentwicklung entsprechend weiter gefasst werden sollen“, sein – um wieviel größer als bisher? Und welche Folgen wird dies für die Modernisierung von Altanlagen haben? Werden die Bürgerinnen und Bürger bei der Neudefinition der Mindestabstände zur Wohnbebauung beteiligt oder überlässt man dies - wie die Einhaltung der CO₂-Werte - der Industrie?

Ministerpräsident Torsten Albig hat angekündigt, dass ein erster Entwurf des Regionalplans Mitte 2016 vorliegen soll. Die Kartengrundlagen für diesen Entwurf wurden endlich im Internet veröffentlicht. Leider werden diese nur alle sechs Monate aktualisiert. Aus sicher aller Betroffenen Sicht ist dies unzureichend. Ebenso fragen wir Piraten uns, was dies für Kommunen und Gemeinden bedeutet. Werden diese vorab in die Planung einbezogen oder werden sie durch die Arbeit des Planungsbüros, welches ab Ende November die Landesplanung bei der Flächenauswahl unterstützt, vor vollendete Tatsache gestellt?

Der Zeitungsbericht in der SHZ vom 14. Dezember 2015 über die Amtsausschusssitzung Bokhorst-Wankendorf macht das Informationsdefizit deutlich. Die Forderung, „die räumliche Festsetzung der charakteristischen Landschaftsräume im Einvernehmen mit den Kreisen vorzunehmen, möchte ich mit den Worten „nach Möglichkeit“ ergänzen. Denn die Möglichkeit, dass ein Kreis sich gegen die Planung stellt, muss vom Planungsbüro wahrgenommen und auch akzeptiert werden.

Lassen Sie mich nun zu den Punkten kommen, die derzeit noch in Ihrem Antrag

fehlen und die wir im Ausschuss beraten wollen:

1. Neben der Karte der Ausschlussgebiete sollte die Landesregierung, zur Information von Investoren, auch eine Karte der Gemeinden veröffentlichen, die sich durch ihre Vertretung oder durch Bürgerentscheid gegen neue Windkraftanlagen ausgesprochen haben. Nur so können sich Investoren auf möglichen Widerstand vor Ort einstellen und dies frühzeitig bei ihrer Entscheidung berücksichtigen.
2. Es bedarf einer laufenden und unverzüglichen Veröffentlichung aller eingehenden Anträge auf Genehmigung von Windkraftanlagen. Geheimhaltung und der Eindruck, es würden vollendete Tatsachen geschaffen, zerstört das Vertrauen und schürt den Widerstand der Bürger.
3. Die Bürgerinnen und Bürger müssen bei der Genehmigung von Anlagen stärker als bisher beteiligt werden. Derzeit wird über Genehmigungen ohne Bürgerbeteiligung, zum Großteil auch ohne eine Umweltverträglichkeitsprüfung (81 %), entschieden.
4. Der Bedarf muss nachgewiesen werden. Das Ziel von 300 Prozent ist ehrgeizig, doch ohne die notwendigen Trassen, um den Strom zu exportieren, produzieren wir über Bedarf und dies ist, aus Sicht der Piraten, nicht darstellbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben hier einen schön formulierten Antrag - nicht ganz perfekt, aber trotzdem geeignet, um Ministerpräsidenten Albig an seine Zusagen, dass alle Beteiligten frühzeitig einbezogen werden, zu erinnern. Es ist die Akzeptanz der Bürger, die darüber entscheidet, ob die Energiewende ein gesellschaftlicher Erfolg oder zum politischen Fiasko für die Regierung Albig wird!

Danke.

Anlass der Debatte war ein Vorstoß der FDP, der zur Beratung an die Ausschüsse Innen und Recht, Wirtschaft sowie Umwelt überwiesen wurde.